



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 25. August 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 28. August 2023

Fokusthema: **Pistenverlängerungen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag die Debatte über mögliche Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich fortführen, die er Mitte Juni begonnen hatte. Aufgrund der hohen Anzahl an Rednerinnen und Redner, die damals zum Sitzungsende noch auf der Rednerliste standen, muss wohl damit gerechnet werden, dass die Debatte mindestens die gesamte Vormittagssitzung dauern wird. Danach stehen die Abschreibung von drei Postulaten und die Behandlung einer PI zu Kosten im Strassenverkehr an. Sollte im Anschluss daran noch Zeit verbleiben, wird der Rat bis zum Sitzungsende Vorstösse beraten, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Ausführliche Debatte zu Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich

Der heutige Betrieb am Flughafen Zürich mit sich kreuzenden Pisten und Flugrouten sowie dem häufig notwendigen Wechsel zwischen verschiedenen Betriebskonzepten ist komplex und stellt eine grosse Herausforderung für die Flugsicherung und die Organisation des Flugbetriebs dar. Der Regierungsrat beantragt deshalb, die Weisung an die Staatsvertretung betreffend ein Plangenehmigungsgesuch der Flughafen Zürich AG (FZAG) zur Pistenverlängerung zu genehmigen. Mit den Pistenverlängerungen sollen ein Sicherheitsgewinn sowie eine Verbesserung der Stabilität des Flugbetriebs und damit auch der Pünktlichkeit erzielt werden. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, dem Antrag der Regierung zu folgen ([5720](#)). Die Piste 28 könnte damit um 400 Meter nach Westen und die Piste 32 um 280 Meter nach Norden ausgebaut werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 250 Mio. Franken und wären von der FZAG zu tragen. Für die Mehrheit der Kommission (SVP, FDP, Mitte, EVP) würden die Pistenverlängerungen die Sicherheitsmarge des Flugbetriebs auf die heute üblichen Standards erhöhen und erlaubten eine grössere Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit im Flugbetrieb. Die Pistenverlängerungen sollen nicht zum Ausbau der Kapazität, sondern zu deren Konsolidierung in den Spitzenzeiten führen. Zudem sollen die Entflechtung des Pistensystems und die direkteren Rollwege auch eine günstigere Situation bezüglich Lärm am späteren Abend bewirken, weil sich tagsüber weniger Verspätungen aufsummierten. Ein Teil der Mehrheit (SVP) legt Wert darauf, dass bei der Konkretisierung des Projektes eine sorgfältige Güterabwägung zwischen den geplanten Renaturierungsvorhaben bei der Glatt und dem Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes vorgenommen wird. Einem anderen Teil der Mehrheit (EVP) ist es besonders wichtig, dass der stabilere Betrieb tatsächlich dazu verwendet wird, den Verspätungsabbau in den Abendstunden zu reduzieren und keine neuen Kapazitäten zu schaffen. Für SP und Grüne bieten Pistenverlängerungen zumindest die technische Möglichkeit zu mehr Flügen und einer Kapazitätserhöhung, trotz der Vorgabe von 320'000 Flugbewegungen im Flughafengesetz. Aufgrund der drängenden Klimaprobleme lehnen sie aber jegliches Wachstum am Flughafen Zürich ab und stellen sich klar gegen eine Zunahme der Passagierzahlen, wie von der FZAG geplant. Es fehlt ihnen auch ein verbindliches und glaubwürdiges Versprechen der FZAG für tatsächlich weniger Lärm in der Nacht. Die GLP stellt einen Antrag auf Rückweisung der Vorlage an die Regierung, mit dem sie verbindliche

Zusagen zu Verspätungsabbau, Kapazitätsausbau und Klimazielen fordert. Die SP verlangt in ihrem Rückweisungsantrag unter anderem die Erreichung der Klimaziele durch die FZAG. Der Entscheid des Kantonsrates unterliegt sowohl bei einer Genehmigung als auch einer Nichtgenehmigung dem fakultativen Referendum. Dass gegen den Kantonsratsentscheid das Referendum ergriffen wird, gilt als so gut wie sicher.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84

Minderheit Ablehnung: Florian Meier (Grüne, Winterthur), 079 332 39 46

Minderheit Rückweisung GLP: Franziska Barmettler (GLP, Zürich), 079 796 61 55

Minderheit Rückweisung SP: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Drei Postulate sollen als erledigt abgeschrieben werden

Keine langen Debatten dürften die Abschreibungen von drei Postulaten auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt einstimmig, das Postulat betreffend «Umweltbericht: Bericht Veloinfrastruktur verbessern und Veloverkehrsanteil erhöhen» von David Galeuchet, Kantonsrat der Grünen, als erledigt abzuschreiben ([5840](#)). Der Regierungsrat hat die geforderte Massnahmenplanung in den beiden Veloförderprogrammen (Vorlagen 4664 und 5671) vorgenommen und nachweisbar erfolgreich aufgegleist. Die Datengrundlage für den Veloverkehr soll durch neue Messstellen laufend verbessert werden. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt zudem einstimmig, das Postulat von GLP-Altkantonsrätin Judith Bellaiche betreffend «Sharing Economy – lösen statt verbieten» als erledigt abzuschreiben ([5689](#)). Auch wenn die Plattformökonomie bisher ein Randphänomen darstellt, anerkennt die Kommission, dass der Wirtschaftsstandort Zürich der Plattformarbeit als Teil der neuen digitalen Arbeitswelt Entwicklungsraum bieten muss. Die KEVU beantragt zudem einstimmig, das Postulat betreffend Strassengelder für Strassen, das FDP-Altkantonsrat Christian Schucan, unterstützt von SVP und Mitte, eingereicht hatte, nach Vorliegen des Ergänzungsberichtes als erledigt abzuschreiben ([5633](#)). Der Ergänzungsbericht zeigt die Auswirkungen auf den Staatshaushalt bei Führung des Strassenfonds analog zum Verkehrsfonds und bietet auch finanztechnische Lösungsvorschläge bezüglich Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs bei einem etwaigen Systemwechsel. Ebenso werden darin die Auswirkungen der Weiterentwicklung neuer Technologien, wie etwa der E-Mobilität, auf die Finanzierung des Strassenfonds thematisiert.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Keine Internalisierung der externen Kosten im Strassenverkehr

Im August 2019 hat der Kantonsrat entgegen dem Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) einer geänderten parlamentarischen Initiative (PI) von GLP-Kantonsrat Thomas Wirth zugestimmt, mit der gefordert wurde, Kosten für die Vermeidung und Behebung von Beeinträchtigungen der Gesundheit der Menschen bzw. von Schäden an Natur und Bauwerken, die der motorisierte Strassenverkehr verursacht, mit Mitteln aus dem Strassenfonds zu decken. Die Redaktionskommission wies in der Folge die PI erneut der KEVU zu, um einzelne Punkte des Wortlautes der Gesetzesrevision zu klären. In der Folge wurde in der KEVU vom Erstinitianten ein neuer Antrag für eine geänderte PI eingereicht, mit der nicht mehr eine Änderung im Strassengesetz, sondern im Verkehrsabgabengesetz und im Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr gefordert

wurde. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), der die PI von der GL zur ausnahmsweisen Überarbeitung für die zweite Lesung zugewiesen wurde, beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, die Änderung des Strassengesetzes in der Fassung aus der ersten Lesung abzulehnen ([KR-Nr. 340/2012](#)). Nach Ansicht der Kommissionsmehrheit (SP, GLP, Grüne, AL, CSP) soll von Fahrzeughalterinnen und -haltern nebst der Verkehrsabgabe zusätzlich eine fahrleistungsabhängige Lenkungsabgabe zur Deckung der vom motorisierten Individualverkehr (MIV) verursachten Kosten (Klima, Lärm, Natur und Landschaft, Unfälle etc.) erhoben werden. Ein Teil der Mehrheit (SP, AL) ist jedoch der Ansicht, dass dieses komplexe Thema auf Bundesebene anzugehen ist. SVP und FDP lehnen die Internalisierung externer Kosten im Strassenverkehr und eine damit verbundene einseitige Verteuerung des MIV ab. Als Folge der geänderten PI erhöhte sich die durchschnittliche Verkehrsabgabe pro Personenwagen und Jahr von heute rund 400 Franken auf rund 2000 Franken. Dadurch würde insbesondere der Wirtschaftsstandort geschwächt und das Gewerbe erheblich benachteiligt. Für eine Minderheit aus GLP, Grünen und CSP muss endlich ein Anreiz für eine klimaverträgliche Mobilität gesetzt werden. Sie stellt deshalb den Antrag, dass die geänderte PI zur materiellen Beratung an die WAK zurückgewiesen wird.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Vorstösse zu CO₂-armen Schiffen, ÖV-Vergünstigungen, Nachhaltigkeit am Flughafen

Sollte vor Sitzungsende noch Zeit bleiben, wird sich der Rat mit ein paar Vorstössen beschäftigen, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. SP-Kantonsrat Felix Hoesch möchte den Regierungsrat mit einer Motion beauftragen, Gesetze und Verordnungen anzupassen, sodass die Gemeinden Fahrkarten des öffentlichen Verkehrs im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) subventionieren und für gewisse Anspruchsgruppen vergünstigen können ([KR-Nr. 314/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen, genauso wie das Postulat von SP-Kantonsrat Nicola Siegrist. Dieser möchte, dass die Preise des öffentlichen Verkehrs für Menschen mit tiefem Einkommen über ÖV-Gutscheine gezielt und zeitlich begrenzt gesenkt werden ([KR-Nr. 366/2022](#)).

Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Nicola Siegrist (SP, Zürich), 078 944 01 00

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12